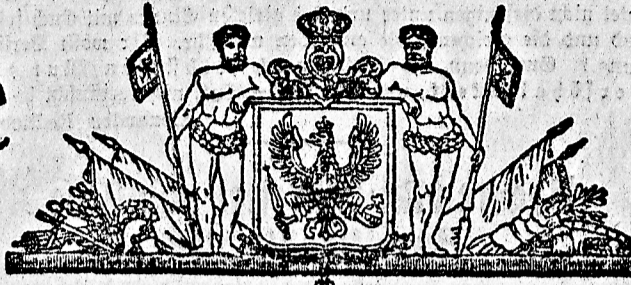


# Wossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 890  
11 891 11 892 bis 11 895, sowie 13 380, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Unablehbare Verzögerung in Versailles.

### Wann wird verhandelt?

Englische Anfragen Brodhorff-Rangau.  
Paris, 4. Mai.

Auf die Note des Grafen Brodhorff-Rangau wegen Beschleunigung der Verhandlungen war von der Entente eine Antwort erteilt worden, die nur einen aufschiebenden Charakter hatte. Die deutschen Delegierten wiederholten darauf in bestimmterer Form ihre Anfrage, wann die Ueberreichung des Vorfriedensvertrages zu erwarten sei, und erbaten den endgültigen Bescheid bis Montag nachmittag. Die Note Brodhorffs wird in den Pariser Blättern noch nicht erwähnt. Man spricht vielmehr von einer neuen Verzögerung der Vertragsübermittlung bis Donnerstag oder Sonnabend. Der französische Ministerrat beginnt heute mit der Fiktur des Vorfriedensvertrages.

Ueber die Note, die der Führer der deutschen Friedensdelegation an den Ministerpräsidenten Clemenceau richtete, wird noch mitgeteilt: Graf Brodhorff-Rangau weist darauf hin, daß die Einladung der deutschen Vertreter nach Versailles auf den 25. April gelautet habe und daß eine weitere hinauschiebung des Beginnes der Friedensverhandlungen schon deshalb unmöglich sei, weil sich unter den deutschen Unterhändlern drei Reichsminister befänden, die in Berlin unabkömmlich wären. Die Minister Landsberg und Giesberts müßten nach Berlin abreisen, wenn der Beginn der Verhandlungen noch weiter hinausgeschoben würde. Ministerpräsident Clemenceau hat auf diese Anfrage am Sonntag geantwortet, daß er eine bestimmte Antwort auf die Frage des Grafen Brodhorff noch nicht geben könne. Den beiden Ministern stehe im übrigen die Abreise völlig frei. Daraufhin hat die deutsche Delegation beschlossen, daß die Reichsminister Landsberg und Giesberts sofort abreisen werden, wenn bis Montag nachmittag 5 Uhr nicht ein bestimmter Termin angegeben worden ist, zu dem die Friedensverhandlungen beginnen werden. Es wäre jedoch voreilig, wegen dieser Bestimmung von einem Ultimatum unserer Friedensdelegation zu sprechen.

Es handelt sich vielmehr nur um die durch dringende Amtsgeschäfte bedingte vorübergehende Anwesenheit der beiden Minister in Berlin, die, sobald der Termin der Ueberreichung des Friedensvertrages endgültig festgesetzt ist, nach Versailles zurückkehren werden.

Um eine Erklärung für die fortgesetzte Verschleppung des Verhandlungsbeginns zu geben, sind von französischer Seite, vor allem von der französischen Presse, Bedenken geäußert worden wegen der deutschen Vollmachten. Die Bedenken gehen im wesentlichen dahin, daß in den Vollmachten von der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zustimmung des Staatsauschusses und der deutschen Nationalversammlung sowie der preussischen Landesversammlung nichts enthalten sei. Die preussische Landesversammlung müßte aber auch befragt worden sein, weil es sich bei dem Frieden ja auch um eine sehr wichtige Sache für Preußen handelt. Diese und andere Bedenken gehen fehl. Es liegt ihnen eine Verwechslung von Verfassungsrecht und Völkerrecht zugrunde. Nach der vorläufigen Reichsverfassung vertritt der Reichspräsident das Reich nach außen, und eine von ihm bezeichnete und dem Ministerpräsidenten gegenüberzeichnete Vollmacht hat ohne weiteres Gültigkeit, genau dieselbe Gültigkeit wie die französische Vollmacht, die den Vorbehalt der Ratifikation des Friedens durch das Parlament enthält. Deutschland kann dem Frieden verfassungsmäßig nur die Zustimmung geben, wenn Staatsauschuß und Nationalversammlung ihn angenommen haben werden. Diese Zustimmung erfolgt erst nach den Friedensverhandlungen, was von diesen französischen Stellen offenbar übersehen worden ist. Die Zustimmung der preussischen Landesversammlung ist bei Friedensverträgen, die das Reich abschließt, nicht erforderlich. Die preussische Verfassung bezieht sich nur auf solche Gebietsveränderungen, die durch ein deutsches Gesetz vollzogen werden, nicht auf den Frieden mit einer anderen Macht, für den ausschließlich das Reich verantwortlich ist.

### Verklammerung in Italien.

Lugano, 5. Mai.

Die italienischen Blätter vom 4. Mai werfen den Verantwortlichen vor, daß sie in Abwesenheit der italienischen Vertreter weiterverhandeln. Der „Corriere del la Sera“, der durch die andauernde

raschen Lösung, und meint, die italienische Regierung verheimliche den kritischen Stand der Angelegenheit. „Secolo“ sagt, daß die Bundesgenossen für Italien nichts als Worte haben. Orlando und Sonnino hätten es nicht verstanden, rechtzeitig gegen die Verlängerung der nationalen Rechte Italiens aufzutreten. Gegenüber diesen pessimistischen Stimmungen sucht der Pariser Berichterstatter des „Secolo“ aus der fortwährenden Verschiebung der Ueberreichung der Friedensbedingungen an die Vertreter Deutschlands Trost zu schöpfen. Er schließt aus der Verzögerung, daß die Verbündeten die Unterschrift der italienischen Abordnung unter dem Friedensvertrag nicht vermissen wollen. Die nationalistischen Blätter wiederholen ihre Aufforderung an die Regierung, alle von Italien beanspruchten Gebiete rücksichtslos einzuverleiben.

### Neue Einladung an Italien.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

Rotterdam, 5. Mai.

Ein lateinischer Kurierbericht meldet aus Paris: „Der Rat der Drei habe Italien eingeladen, seinen Platz auf der Konferenz wieder einzunehmen. Die Einladung sei davor, daß man glaube, Italien werde sie annehmen.“

Paris, 4. Mai.

Morgen findet eine Sitzung der Entente-Staatsminister statt, um die neue Einladung an Italien zur Rückkehr zur Konferenz zu redigieren. Es heißt, daß vielleicht an Stelle Orlando's Lugano als Delegierter nach Paris kommen wird. Nach dem „Temps“ seien die ultimativen Bedingungen Italiens folgende: „Stimme italienisch, dagegen Abstriche vom Londoner Vertrag. Aber die streitigen Gebiete, auf die Italien verzichtet, dürfen nicht südslawisch werden, sondern müßten autonome, unabhängige Kleinstaaten bilden.“

### Wiederholte Kundgebungen gegen Clemenceau.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Paris, 4. Mai.

Die blutige Mafseier hat zu einer heftigen Konferenzreise geführt. Souhau, der Vorsitzende der Arbeiterkonföderation, der selbst verwundet wurde, ist als Konferenzdelegierter für Arbeiterfragen zurückgetreten. Ferner haben Duffon und Compère-Morel auf ihre Stellungen im Marine- und Landwirtschaftsministerium verzichtet. Die französischen Sozialisten haben sich also von der Mitarbeit am Friedensvertrag gänzlich zurückgezogen. Lediglich die Besichtigungen, die deutschen Sozialisten würden als einzige am Friedensstisch bleiben, scheint sich zu bestätigen.

Das Attentat auf Clemenceau wird von den Sozialisten als ein arrangiertes Polizeimanöver bezeichnet, um gegen die Bewegung über die Mafseier-Verwundungen Gegenstimmen zu machen. Die Zahl der am 1. Mai verwundeten Polizisten soll absichtlich maßlos übertrieben sein. Nur zwölf mußten den Dienst für kurze Zeit unterbrechen.

Genf, 4. Mai.

Die Pariser Syndikalisten bereiten eine neue Kundgebung vor. Sie erklären in einem scharfen Protest, die begonnene Aktion mit fester Entschlossenheit fortzusetzen und die Provokation im gegebenen Moment zu beantworten. Das Komitee der Union syndicaliste wird beauftragt, eine noch imposantere Kundgebung als die Mafseier vorzubereiten.

### England schützt den König Nikita.

Meldung des „Soll Nieuweblad“.

Saag, 5. Mai.

In englischen Unterhause erklärte Unterstaatssekretär Harmsworth im Namen der Regierung, daß England die Nationalversammlung im November in Podgorica die Wählung des Königs Nikita von Montenegro und die Vereinigung Montenegros mit Serbien proklamierte, nicht anerkannt hat, so daß König Nikita von Großbritannien noch immer als der legitime Herrscher des Landes angesehen wird.

### Keine Veröhnung?

Ein Brief an Herrn Ernest Lavisse.

Paris, 5. Mai 1919.

Herr Professor!

Sie haben im „Temps“ einen Brief an die Bevollmächtigten Deutschlands geschickt, der nicht unbeantwortet bleiben darf. Ich gehöre nicht zu den rechtmäßigen Empfängern dieses Schreibens; ich habe mit den deutschen Friedensdelegierten nur das Vergnügen gemeinsam, Tage meines Lebens, die ich zu den größten zählen möchte, zwischen den Polizisten und Barrakaden der Rue des Refugiés in Versailles verbringen zu dürfen. Dennoch — Sie mögen das als Annäherung auffassen — fühle ich mich mit Tausenden anderer Deutscher in Ihrem Schreiben angesprochen. Sie bezeichnen sich als einen jener Franzosen, die es als ein großes Unglück beklagen, daß Frankreich und Deutschland heute Feinde sind, zwischen denen sich die Möglichkeit einer Veröhnung noch nicht absehen läßt. Ich antworte Ihnen als einer jener Deutschen, die dieses Unglück ebenso tief empfinden, die aber, anstatt ihm gegenüber müßig und mit verschränkten Armen stehen zu bleiben, mit um so größerer Selbstvergeßlichkeit ihre Kräfte dagegen gesammelt haben, je größer das Unglück, je unübersteigbarer die Hindernisse zu seiner Beseitigung wurden.

Der erste und der letzte Satz Ihres Briefes sind ohnmächtige Schreie nach Veröhnung. Zwischen diesen beiden steht eine Anklageschrift gegen Deutschland. Wenn all das, was Sie darin sagen, richtig und erschöpfend wäre, dann könnte ich es kaum verstehen, warum Sie unsere gegenseitige Feindschaft beklagen. Sie würde dann das Natürlichsche und Selbstverständlichsche sein. Es würde dann für Frankreich nur einen Weg in die Zukunft geben, nämlich die Deutschen, dieses Volk voll Verlogenheit und Gewalttätigkeit, zu vernichten, zu vertilgen. Wer das wollen Sie gar nicht, Sie wollen es bestrafen und hoffen es dadurch zu bessern. Das ist Ihr Irrtum. Was wollen Sie den Deutschen vor? Die deutsche Revolution soll Betrug sein, sie soll auf Befehl von Wilson gemacht worden sein, und dieser plötzliche Wechsel in der Form des deutschen Staatswesens könne niemand täuschen. Weshalb hat Wilson dann diesen plötzlichen Wechsel gefordert? Wollte er sich damit nur ein neues Argument für die Verlogenheit und völlige Charakterlosigkeit der Deutschen schaffen? Oder ist sein historischer Sinn nicht so entwickelt wie der Ihre, Herr Professor, der Sie sagen: „Freiheit und Demokratie lassen sich nur durch eine lange und tragische historische Arbeit erwerben.“ Vielleicht haben Sie recht; vielleicht steht das deutsche Volk wirklich erst am Anfang jener langen Entwicklung, die es zur Ausübung einer wirklichen Souveränität, zur politischen Reife führen soll. Nehmen wir einmal ruhig an, wir wären tatsächlich dieses unentwickelte Barbarenvolk, von dem Sie sprechen. Wissen Sie nicht, Herr Professor, daß alle Spaltungen der Kultur Ihre Entwicklung mit der Annahme gewisser äußerlicher Formen beginnen? Ist Ihnen nicht bekannt, daß gewisse noch zu Europa gehörende Völkernschaften das allgemeine Wahlrecht und die moderne Kleidung einführten, während bei ihnen noch Nord und Süd, Tag und Nacht, die Vorurteile des täglichen Lebens, die das Sittliche mit nichts anderem zu sein als ein historisches Gelebe. Wer sich in der Entwicklung weiter vorgeschritten fühlt als solche primitiven Völker, dessen Aufgabe ist es, darüber zu wachen, daß die Leere Form mit dem entsprechenden Inhalt erfüllt werde, nicht aber zuzulassen, daß durch die überflüssige Annahme immer neuer Formeln und Formen das Gewissen des erwachenden Volkes eingeschläfert, seine Ehrlichkeit gegen sich selbst vernichtet werde.

Warum haben Sie, warum hat Frankreich die Oberflächennpolitik geduldet und gutgeheißen, die sich Herr Wilson in völliger Unwissenheit von allen Gesetzen menschlicher Entwicklung Deutschland gegenüber erlaubte? Und wie können Sie jetzt, da dieses Ihnen unmöglich scheinende Diktat erfüllt wurde, sagen: wir haben von vornherein gewußt, daß auch das nur Betrug sei, nicht? Sie sehen, daß man auf bedenklüche Irrwege gelangen kann, wenn man Ihren Gedanken folgt. Aber es fällt Ihnen gar nicht ein, die Deutschen für ein kulturell so rückständiges Volk zu halten. Sie haben ihnen vielmehr die Fähigkeit zugetraut, eine wirkliche Revolution vorzunehmen. Sie haben sie für reif gehalten, die Vormundschaft abzuschütteln und sich selbst zu regieren nach den Gesetzen, denen alle übrigen freien Völker huldigen. Sie waren enttäuscht, als Ihre Erwartungen sich nicht sofort erfüllten, als die führenden Namen der vergangenen Periode auch im neuen Zeitalter wieder auftauchten. Sie waren enttäuscht, als Sie diese alten Männer im neuen Kleid ihre alte Politik fortsetzen sahen. Ich leugne nicht die Verlethlichkeiten, die auch während der letzten sechs Monate von unseren Regierungen begangen, die Gehässigkeiten, die von unserer Presse, von unseren „Oberlehrern“ weiter verbreitet worden sind wie zuvor. Aber ich frage Sie, Herr Professor, ist das Deutschland? Ich lese immer wie-

\*) Eine ausführliche Wiedergabe des Briefes von Lavisse, der bereits in der Sonntagsausgabe kurz erwähnt wurde, findet sich auf Seite 4.